

24.01.1989

Änderungsantrag

der Fraktion der F.D.P.

zu der
Beschlussempfehlung des Hauptausschusses
- Drucksache 10/3972 -

zu dem
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 10/3395 -

2. Lesung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

Artikel I wird wie folgt geändert/ergänzt:

1. In Nummer 3 erhält Buchstabe a) folgende Fassung:

"a) In Nummer 1. wird das Wort 'Verkaufsmessen' gestrichen."

2. In Nummer 3 erhält Buchstabe b) folgende Fassung:

"b) In Nummer 2. werden die Worte 'sportliche, turnerische, und ähnliche Veranstaltungen einschließlich Pferderennen und -leistungsschauen sowie' gestrichen und nach dem Wort 'Zirkusveranstaltungen' die Worte 'Volksfeste und tänzerische oder artistische Darbietungen, die innerhalb von Freizeitanlagen angeboten werden,' eingefügt."

3. In Nummer 3 erhält Buchstabe c) folgende Fassung:

"c) In Nummer 3. werden die Worte 'der Betrieb von Wettbüros sowie' gestrichen."

4. In Nummer 5 erhält Buchstabe c) folgende Fassung:

"c) In Absatz 2 werden die Worte 'in den Fällen der §§ 3 und 5' und 'in den Fällen der §§ 6 und 7 der Innenminister' gestrichen."

Datum des Originals: 23.01.1989/Ausgegeben: 25.01.1989

Begründung

Das Gesetz über Sonn- und Feiertage ist den heutigen Lebensverhältnissen anzupassen und somit zu liberalisieren. Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf genügt dieser Zielrichtung nicht. Durch das Hearing des Hauptausschusses am 4. November 1988 und die Stellungnahmen

zu 1.

des Ausstellungs- und Messeausschusses der Deutschen Wirtschaft e.V., der Halle Münsterland, der Köln Messe- und Ausstellungsgesellschaft sowie der Düsseldorfer Messegesellschaft,

zu 2.

des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen e.V., des Direktoriums für Vollblutzucht und Rennen e.V. und des Trabrennvereins Gelsenkirchen e.V. sowie des Deutschen Schaustellerbundes e.V., sowie

zu 4.

der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des Landes Nordrhein-Westfalen

wurde deutlich, in welchen Bereichen eine weitergehende Liberalisierung notwendig ist.

Dr. Rohde
Dagmar Larisika-Ulmke
und Fraktion